

Hermann-Josef Große Kracht

Öffentlicher Vortrag

auf der Frühjahrsvollversammlung des Katholikenrates des Bistums Osnabrück,
Ludwig-Windthorst-Haus, Lingen (25.03.2006)

In Zukunft solidarisch handeln.....

Was ist eigentlich das 'Kerngeschäft' der Kirchen?

I. 'In Zukunft solidarisch handeln....' oder: 'Solidarität braucht Eigenverantwortung'?

Solidarität klingt irgendwie gut. Alle legen Wert darauf, solidarisch zu sein oder zumindest als solidarisch zu gelten. Und niemand möchte sich nachsagen lassen, unsolidarisch zu sein. Solidarität hört sich viel besser, viel moderner, viel aufgeklärter an als ähnliche Begriffe wie 'Hilfsbereitschaft', 'Mitmenschlichkeit', 'Zusammengehörigkeitsgefühl' oder gar die als paternalistisch in Misskredit geratene Tugend der 'Großzügigkeit' und 'Mildtätigkeit'. Wer etwa Geld für die Armen dieser Welt spendet, möchte heute kaum noch als 'mildtätig' angesprochen werden. Er will lieber als 'solidarisch' gelten. Solidarität klingt reziprok und egalitär; und Solidaritätsveranstaltungen, Solidaritätsabende und Solidaritätskonzerte aller Art genießen hohe Anerkennung.

Andererseits sagen viele – gerade im Zusammenhang mit den aktuellen Debatten um die Reform und den Umbau des Sozialstaates –, dass 'Solidarität' nicht überfordert werden dürfe. In diesen Diskussionen – nicht nur, aber vor allem, wenn man sie mit Politikern und Ökonomen führt – erntet man oft nur mitleidiges Kopfschütteln, wenn man noch immer die alte Fahne der Solidarität hochhält. Solidarität hält man hier eher für eine Kategorie der Vergangenheit, solidarische Sicherungsformen gelten jedenfalls als wenig zukunftsfähig. Statt um Solidarität müsse es in Zukunft um die Stärkung, die Förderung und den Ausbau der Eigenverantwortung gehen, hört man dort allenthalben.

Damit stellt sich die Frage, wie Solidarität und Eigenverantwortung eigentlich zusammenhängen.

Zumeist herrscht der Eindruck vor, dass die Bereitschaft der Einzelnen zur Solidarität, verstanden als Bereitschaft zur Hilfeleistung und Unterstützung für andere, mit der Eigenverantwortung der potenziellen Hilfeempfänger, mit ihrem ernsthaften Bemühen, den anderen, den Bessergestellten nicht vorschnell zur Last zu fallen, ihnen nicht auf der Tasche zu liegen, in einem direkten Austauschverhältnis stehen müsse. Wer nicht – im Rahmen seiner Möglichkeiten – zur Eigenverantwortung bereit ist, hat auch keinen Anspruch auf die Solidarität der anderen. Und die Solidaritätsbereitschaften der einen werden sich nur in dem Maße mobilisieren lassen, wie die potenziellen Hilfeempfänger diese Hilfsbereitschaft nicht einfach untätig und passiv ausnutzen, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe, als Ansporn zur Eigenverantwortung verstehen.

Das heißt dann konsequenterweise: Wer seine Vorleistungen in Sachen Eigenverantwortung nicht erbringt, verliert auch den Anspruch auf solidarische Unterstützung durch die Gemeinschaft. Bei abnehmender Eigenverantwortung der Schwachen sollte auch die Solidarität der Gemeinschaft abnehmen. Wir hätten dann eine Spirale nach unten: bei abnehmender Eigenverantwortung eine abnehmende Solidarität.

Wenn aber umgekehrt die Eigenverantwortung der Schwachen zunimmt, der Appell an mehr Eigenverantwortung also Früchte trägt, dann werden die Solidaritätsleistungen der Gemeinschaft ja zunehmend überflüssig. Sie könnten dann bequem zurückgefahren und eingespart werden. Trägt dann aber nicht nur ein *Weniger an Eigenverantwortung*, sondern auch ein *Mehr an Eigenverantwortung* bei den Schwachen nicht geradezu zwangsläufig zur Erosion von Solidarität bei? Und mehr noch: Wenn man hohe Solidaritätsbereitschaften berechtigterweise nur dann erwarten kann, wenn sie von den Hilfeempfängern nicht missbraucht und ausgenutzt werden (können), wenn es also entsprechend viele *wirklich Bedürftige*, zur Eigenverantwortung schlechthin Unfähige gibt, – bräuchte man dann nicht eigentlich dramatische gesellschaftliche Verarmungsprozesse als Voraussetzung dafür, dass die moralischen Tugenden von Solidarität und sozialer Verantwortung nicht verloren gehen? Massenarmut und Massennot also als Voraussetzung von Solidarität?

Wie man es auch dreht und wendet: die Solidarität hat offensichtlich schlechte Karten. Auch wenn sie sich für noch so wohlmeinend und warmherzig hält, scheint man gut beraten zu sein,

das solidarische *Gutmenschentum* doch besser beiseite zu lassen – es sei denn, man möchte gerne, dass möglichst viele Menschen zur Eigenverantwortung unfähig sind und dies auch dauerhaft bleiben. Wer aber nicht einem derartigen Helfersyndrom verfallen will, müsste am Ende wohl zu dem Ergebnis kommen: *Klare Vorfahrt für Eigenverantwortung* – und Solidarität nur als vorübergehende Notlösung für die 'wirklich Bedürftigen'; für die, die auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen; sprich: sich durch eigene Arbeit wenigstens notdürftig über Wasser zu halten....

'Ja zur Eigenverantwortung' – 'Nein zur Solidarität!' Diesem Ergebnis wird man kaum entkommen können, wenn man die Kategorien von Eigenverantwortung und Solidarität so versteht, wie sie heute in den politisch-publizistischen Debatten um die Zukunft des Sozialstaates zumeist verstanden werden.

Solidarität erscheint hier ganz selbstverständlich als tugendhafte Bereitschaft zur Mildtätigkeit gegenüber notleidenden Anderen, als individuelle und freiwillige Hilfsbereitschaft der Bessergestellten, als ein zartes und verletzliches Gefühl mitmenschlicher Anteilnahme, das man auf keinen Fall überstrapazieren oder leichtfertig in Anspruch nehmen darf, wenn man die Arterhaltung dieser gefährdeten Spezies menschlicher Empfindungsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen will. *Eigenverantwortung* dagegen erscheint als *die* zentrale Kategorie menschlicher Autonomie, als Synonym für individuelle Selbständigkeit und personale Würde. Wer seine Eigenverantwortung nicht bis zum letzten wahrnimmt, sondern vorschnell nach Solidarität und Hilfe schießt, gilt nicht nur potenziell als ein 'schmarotzender' Sozialbetrüger, der sich am zarten Pflänzlein der Solidaritätsbereitschaft anderer vergreift. Er scheint auch seiner Würde als Mensch nicht gerecht zu werden. Wer dagegen zur Eigenverantwortung prinzipiell unfähig ist – etwa weil er dauerhaft krank oder behindert ist – , verdient zwar Hilfe und Mitgefühl, wird dann, wenn er diese Hilfe annehmen muss, aber in seiner Würde als freie und autonome Persönlichkeit doch mehr oder weniger verletzt, eingeschränkt und gedemütigt. Deshalb, so scheint es, ist schon im Namen der Menschenwürde alles daranzusetzen, unbedingte *'Vorfahrt für Eigenverantwortung'* einzuräumen, und diese solange einzufordern, wie der Einzelne das Stadium absoluter Not und Hilflosigkeit noch nicht erreicht hat.

Im Hintergrund dieser Wahrnehmung von Solidarität und Eigenverantwortung steht das individualistische Programm des 'Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott'. Dieses Programm ist

insbesondere durch die neokonservative Sozialstaatskritik in der USA seit den späten 1970er Jahren wieder prominent geworden. Es ruft erneut den vorindustriellen US-amerikanischen Gründungsmythos von *selfmademan* an. Auch wenn der Weg vom 'Tellerwäscher zum Millionär' heute viel mühsamer ist als früher, soll es dabei bleiben: jeder kann und soll sich durch individuelle Leistung und harte Arbeit zu einem mindestens bescheidenen Wohlstand hocharbeiten (können). Selbstverdienter, eigenverantwortlich erworbener Reichtum ist deshalb, wenn auch vielleicht nicht mehr wie früher unmittelbar als Zeichen göttlicher Erwählung, so doch nach wie vor ohne Neid und Missgunst anzuerkennen und vor sozialstaatlichen Umverteilungsambitionen zu schützen. Not und Armut gelten umgekehrt als persönliches Versagen und moralische Schwäche, die durch staatliche Wohlfahrtsschecks noch zusätzlich befördert und unterstützt werden. Radikaler Abbau sozialstaatlicher Hilfen und eine ernsthafte Zumutung der Härten und Widrigkeiten der Arbeitswelt, der harten Selbstständigkeitsschule des Arbeitsmarktes, ist deshalb die Devise.

Diese 'Selbständigkeitsschule des Marktes' macht es den Einzelnen zwar nicht leicht; *demjenigen*, der sich dort – wenn auch mühsam – zu behaupten vermag, vermittelt sie aber das erhebende Gefühl von selbsterworbener und selbsterarbeiteter Würde, von Freiheit und Unabhängigkeit, eben von aktiver Eigenverantwortung, die ihn vom Makel der Abhängigkeit, der Hilfsbedürftigkeit befreit. Wer stattdessen nur wohlmeinend von Solidarität redet, kaschiert damit nur sein eigenes weinerliches Helfersyndrom, das nur dem eigenen *Gutmenschen-Ego* einen Altar errichtet und sich weigert, die anderen als freie und gleiche Mitbürger zu achten und anzuerkennen.

Die überkommenen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaft verlieren in diesem Denkmuster ebenso wie der bisherige Sozialstaat jede moralische Legitimität. Am Horizont erscheint vielmehr das Leitbild einer freien Bürgergesellschaft der individuellen Chancen und der persönlichen Unabhängigkeit, die auf Eigeninitiative und privater Vorsorge gründet, wachsende soziale Ungleichheiten nicht länger skandalisiert und den notwendigen sozialen Zusammenhalt nicht mehr über gesetzliche Sozialversicherungen und staatliche Sozialleistungen, sondern nur noch über humanitäre Philanthropie, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement und über kirchliche Caritas gewährleistet wissen will.

II. *'Erstverantwortung in der Solidarität' und: 'Wir sitzen alle in einem Boot'*

Wie verhält sich nun die kirchliche Sozialtradition zu dieser Wahrnehmung von Solidarität und Eigenverantwortung?

Das Prinzip der Eigenverantwortung ist der katholischen Sozialtradition natürlich keineswegs fremd. Das Stichwort dazu lautet 'Personalität und personale Verantwortung' – aber eben nicht 'Individuum und Eigenverantwortung'.

Aus der Sicht der katholischen Soziallehre ist vielmehr festzuhalten, dass sich Eigenverantwortung nicht *gegen* Solidarität in Stellung bringen lässt. Eine Gegenüberstellung von 'Eigenverantwortung' und 'Fremdverantwortung', von 'Individuum' und 'staatlicher Gemeinschaft' ist zwar für das liberale Denken der europäischen Aufklärung konstitutiv, bleibt aber im katholischen Denken, für das der Einzelne immer ein soziales Wesen ist, denkbar unplausibel. Statt von Eigenverantwortung (und der dabei immer mitgedachten Trennungs- und Gegensatzvorstellung von 'fremd' und 'eigen') zu reden, sollte man lieber eine Begrifflichkeit suchen, die den elementaren Zusammenhang von Sozialität und Personalität, von Gemeinschaft und Person zum Ausdruck bringt. Dazu könnte man z.B. von '*Erst-*' und '*Zweitverantwortung*' reden, um die eben nicht fundamentalen, sondern nur *graduellen* Unterschiede in der Verantwortungsverteilung zwischen den Einzelnen und ihren verschiedenen sozialen Gemeinschaften deutlich zu machen. Statt von Eigenverantwortung wäre also eher von Erstverantwortung, oder noch besser: von '*Erstverantwortung in der Solidarität*' zu reden.

Dabei ist aber auch und vor allem der Begriff der Solidarität noch genauer zu klären. Was dieser Allerweltsbegriff der politischen Sprache genau meint, ist nämlich keineswegs klar. Ich fürchte sogar, dass wir uns einen völlig falschen Begriff von Solidarität angewöhnt haben – nämlich einen moralisch hoch aufgeladenen Tugendbegriff, der mit dem eigentlichen Bedeutungsgehalt dieses Wortes denkbar wenig zu tun hat.

Fragt man danach, woher sich das Wort 'Solidarität' etymologisch ableitet, so stößt man nicht auf irgendwelche moralischen Gefühle, sondern auf das lateinische Adjektiv *solidus* (solide, dicht, fest zusammengefügt).

Der politische Begriff der Solidarität ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts und stammt aus dem nachrevolutionären Frankreich, aus dem Versuch der laizistischen Republik, jenseits von Kirche und Katholizismus, jenseits überkommener religiöser Werte und Vorstellungen das Zusammenleben der Staatsbürger frei und gerecht zu organisieren. Der Solidaritätsbegriff knüpft dabei an das römische Recht und die so genannte *obligatio in solidum* an, dem, was wir heute unter einer 'wechselseitigen Bürgerschaft' verstehen – das 'Füreinander-Einstehen' – 'Einer für alle-alle für einen'.

In diesem Sinne wurde 'Solidarität' zunächst von der Arbeiterbewegung entdeckt und als Arbeiter-Solidarität ins allgemeine Bewusstsein gebracht. Relevant wurde der Topos der Solidarität dann aber auch in der neu entstehenden 'Wissenschaft von der Gesellschaft', wie sie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von *Auguste Comte* (1798-1857) und *Emile Durkheim* (1858-1917) entwickelt worden ist. Hier wird 'Solidarität' als eine wert- und moralfreie, rein sozialwissenschaftliche Kategorie verwendet – und überraschenderweise sollte später auch die 'katholische Soziallehre' den Begriff der Solidarität genau in diesem 'wertfreien', nicht moralisch, sondern sozialwissenschaftlich gemeinten Sinn verwenden.

Für Emile Durkheim, den überzeugten Republikaner, der als der eigentliche Begründer der Soziologie gelten kann, soll die 'Wissenschaft von der Gesellschaft' die Menschen über die 'sozialen Tatsachen' aufklären und ihnen das bewusste Leben in der modernen, für viele so bedrohlich erscheinenden Industrie- und Massengesellschaft erleichtern. Die Soziologie sollte dazu beitragen zu erklären, wie 'soziale Integration' funktioniert, wie der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft zustande kommt und warum moderne Gesellschaften, die nicht mehr durch einen von allen geteilten Glauben an Gott und die Gebote seiner Kirche zusammengehalten werden, nicht auseinander brechen und in Chaos und Anarchie versinken.

Den entscheidenden Grund dafür sieht Durkheim in der ungeheuren Zunahme der *Arbeitsteilung*, die für moderne Gesellschaften kennzeichnend ist. Die Arbeitsteilung macht die Menschen *zum einen* – wie er sagt – immer autonomer, immer individueller und persönlicher – und *zum anderen* immer abhängiger voneinander, immer enger aufeinander angewiesen, ob sie dies nun wissen und spüren oder nicht. Und diese zunehmende de facto-Abhängigkeit der Menschen voneinander nennt Durkheim 'Solidarität' – *solidus*; und meint damit die zunehmende 'soziale Dichte' zwischen den Menschen.

Diese faktische Abhängigkeitssolidarität der Menschen untereinander nimmt in den modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften immer mehr zu; und erst dadurch können die Menschen ihre eigenen Talente und Fähigkeiten fördern, ihren eigenen Interessen nachgehen, sich spezialisieren und professionalisieren und sich als Personen individuell entwickeln und entfalten. Erst so entsteht der 'moderne Kulturmensch', von dem der Wirtschaftshistoriker Werner Sombart vor über 100 Jahren gesprochen hatte – denn mit dem 'modernen Kulturmenschen' verhält es sich völlig anders als mit dem 'freien Bauern' früherer Zeiten: Sombart schrieb damals: "Der Bauer auf seinem Gute, der sich noch seine gewerblichen Erzeugnisse selber schuf, der alles aus dem Boden selber holte, was er an Nahrungsmitteln brauchte, das war ein freier Mann, ein wirtschaftlich freier Mann: der 'moderne Kulturmensch', der nichts mehr selbst produziert von dem, was er braucht, sondern der alles von anderen Produzenten erhält, dafür, dass er für alle anderen eine Ware produziert oder einen Dienst verrichtet, dieser moderne Kulturmensch ist in wachsendem Maße wirtschaftlich unfrei, gebunden."

Mit zunehmender Arbeitsteilung fangen die Leute an, sich zu spezialisieren, weil sie merken, dass es für alle besser ist, wenn jeder nur noch das macht, was er am besten kann und seine überschüssigen Arbeitsprodukte dann den anderen zur Verfügung stellt – etwa über den Tausch auf einem Markt, oder wie auch immer organisiert. So kommt es zu Individualisierung, Spezialisierung und Professionalisierung, zur massenhaften Ausbildung individueller Persönlichkeiten und zur Entdeckung der Freiheit und Autonomie des modernen Individuums, aber auch zu einem bisher unbekanntem Reichtum und Wohlstand der Gesellschaft, zur Blüte von Handwerk und Kunst, von Schrift und Literatur. Die Menschen werden also einerseits immer freier und persönlicher, zugleich aber immer mehr – auf Gedeih und Verderb – voneinander abhängig ('solidarisch'). Denn in einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft haben zwar alle zusammen viel mehr Wohlstand und Komfort, viel höhere Freiheits- und Entfaltungsmöglichkeiten, aber keiner kann mehr für sich alleine leben, keiner ist mehr unabhängig, keiner kann mehr allein von seiner Scholle, allein von seinen privaten Produktionsmitteln, allein von seiner eigenen Hände Arbeit leben. Vielmehr ist nun – im Zeitalter der 'großen Industrie' – jeder darauf angewiesen, dass er in angemessener Art und Weise an den nun nicht mehr individuell, sondern kollektiv erarbeiteten Gütern partizipieren und so seine Bedürfnisse befriedigen kann.

Durkheim war dabei übrigens durchaus optimistisch. Er setzte darauf, dass – wenn auch sicherlich mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung – diese soziologische *de facto-Solidarität* früher oder später auch in den Köpfen und Herzen der Menschen moralische Wurzeln schlagen wird. Er setzte darauf, dass die Mitglieder moderner Gesellschaften früher oder später beginnen werden, ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr nur mit der Brille der individuellen Freiheit, sondern auch und vor allem mit der Brille dieser solidarischen Abhängigkeit aller von allen zu lesen. Und Durkheim glaubte daran, dass die Menschen dann auch beginnen werden, ihre Gesellschaft und ihren Staat politisch so einzurichten, dass diese wechselseitige Verbundenheit von *rechtlich zugestandener Freiheit jedes einzelnen* und *soziologisch vorgegebener Solidarität aller* darin auch angemessen zum Ausdruck kommt.

Interessant ist nun, dass das katholische Solidaritätsprinzip genau dieselbe Stoßrichtung hat wie die Solidaritätsidee der antiklerikalen französischen Soziologen und Philosophen der Jahrhundertwende. Der Begründer des katholischen Solidaritätsgedankens, der aus Köln stammende Jesuit *Heinrich Pesch* (1854-1926), ist nämlich überraschenderweise bei den französischen Solidaritätstheoretikern in die Schule gegangen. Pesch versteht – ebenso wie sein Schüler Oswald von Nell-Breuning – 'Solidarität' ebenfalls im Sinne einer unhintergehbaren wechselseitigen Abhängigkeit der Menschen, als 'Gemeinverstrickung', aus der die moralische Forderung nach 'Gemeinhaftung' (Nell-Breuning) aller für alle resultiert – oder, wie Papst Johannes Paul II. dann formulieren sollte: das Bewusstsein, das wir alle für alle verantwortlich sind.

Bei Oswald von Nell-Breuning heißt es an einer klassischen Stelle: "Die Gemeinschaft und ihre Glieder sind in das gleiche Geschick verstrickt ('wir sitzen alle in einem Boot'). ... Was die einzelnen tun oder lassen, wirkt – gleichviel ob gewollt oder nicht – auf die Gemeinschaft: Und was die Gemeinschaft tut oder lässt, das wirkt – wiederum gleichviel, ob bezweckt oder nicht – auf die einzelnen." Und weil in diesem Sinne 'alle in einem Boot sitzen', auch wenn sie in verschiedene Richtungen rudern wollen oder sich am liebsten die Köpfe einschlagen würden, ist jeder einzelne klug beraten, nicht über Bord zu gehen oder leichtfertig auszusteigen, um etwa in einem schwankenden 'Ein-Mann-Schlauchboot' sein eigenes Ding zu machen und seinem individuellen Glück nachzujagen – oder nachzupaddeln....

Klug beraten ist man vielmehr, wenn man gemeinsam mit allen anderen – denen auf dem Sonnendeck ebenso wie denen im Maschinenraum – einen gemeinsamen demokratischen Beratungsprozess aufnimmt und sich darüber verständigt, wie man 'das gemeinsame Boot' am besten funktionstüchtig erhält und welcher Kurs in den nächsten Jahren eingeschlagen werden soll.

Wer also heute im katholischen Kontext von 'Solidarität' redet, muss deutlich machen, dass er damit zunächst einmal die Einsicht in die faktische wechselseitige Abhängigkeit und Zusammengehörigkeit der Menschen meint – und nicht die freiwillige Tugend der Hilfsbereitschaft. Für diese Tugend gibt es schon jetzt viele verschiedene Namen: 'menschliche Anteilnahme', 'Mitleid', 'Zusammengehörigkeitsgefühl', 'mildtätige Großzügigkeit', 'Barmherzigkeit' etc.; und es gibt keinen Grund, diese Namen durch den scheinbar moderner klingenden Begriff der 'Solidarität' zu ersetzen. Dies kann nur dazu führen, dass dieser Begriff seine sozialwissenschaftlichen und sozialmoralischen Konturen verliert und so sein spezifisches Politikpotenzial einbüßt.

Die Folge wäre dann, sich in den aktuellen Debatten um den Umbau des Sozialstaates mit guten und überzeugenden Gründen gegen voreilige marktorientierte Lösungskonzepte auszusprechen und dem überall zu beobachtenden Trend zur Entsolidarisierung und Individualisierung zu widersprechen. Die Parole müsste dann gleichsam eine *solidaristische Vorrangregel* sein: Das heißt: *"Zunächst einmal Vorrang für solidarische Konzepte im Rahmen eines demokratischen Sozialstaates gegenüber individuellen marktorientierten Lösungen; und zwar solange, wie nichtsolidarische Lösungsvorschläge nicht mit überzeugenden Gründen bessere Lösungen und Ergebnisse für alle in Aussicht stellen"* – und diese 'überzeugenden Gründe' müssten empirisch überprüfbarmaßen stichhaltig sein, müssten positive – und entsprechend evaluierte – historische und aktuelle Erfahrungen aus anderen Ländern nachweisen können, und sie müssten schließlich auch eine hohe sozialtheoretische Plausibilität für sich haben (die reine, mit enormen Verengungen arbeitende Modelllogik unserer heute dominierenden ökonomischen Lehrbücher reicht da sicher nicht aus!).

Gerade das sozialkatholische Motiv der 'unhintergehbaren Solidarität' kann hier helfen, einen klaren Blick zu behalten. Denn es macht deutlich, dass soziale Gerechtigkeit nicht eine nette moralische Zusatzleistung in Zeiten wirtschaftlicher Schönwetterperioden ist, ein

sozialpolitischer Luxus, den wir uns gegenwärtig – leider, leider – nicht mehr leisten können. 'Soziale Gerechtigkeit' ist vielmehr ein unverzichtbares – wenn man so will – 'egoistisches' Klugheitsgebot einer jeden modernen Industriegesellschaft, und zwar gerade in Zeiten knapper Kassen und wirtschaftlicher Krisen. Gerade dann wird der soziale Zusammenhalt besonders wichtig. Gerade dann muss man verhindern, dass diejenigen im Maschinenraum vor lauter Missachtung und Unterbezahlung anfangen, im Spiel der Gesellschaft nicht mehr mitzuspielen – und statt zu heizen und die Maschinen unter Dampf zu halten, damit beginnen, vor lauter Verzweiflung Löcher in die Außenwand zu hauen, weil sie ja ohnehin nichts mehr zu verlieren haben. Und es gibt einen breiten Strang in den ökonomischen Gesellschaftstheorien, der uns voraussagt, dass sich die Lage der am schlechtesten Gestellten in einer Marktwirtschaft ohnehin nur dann verbessern wird, wenn sie mit glaubhaften Drohungen den Marktgewinnern deutlich machen können, dass es gerade auch im Interesse der Reichen liegt, die Armen vom Aufstand abzuhalten und durch steuerfinanzierte staatliche Sozialprogramme dafür zu sorgen, dass die Armen still und brav zu Hause bleiben und nicht damit beginnen, randalierend durch die Villenvororte zu ziehen.

Von daher haben die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit zunächst einmal wenig mit Caritas und Barmherzigkeit zu tun; sie sind schlicht und einfach ein Gebot der politischen Klugheit und des wohlverstandenen Eigeninteresses einer modernen Gesellschaft; und sie sind darüber hinaus angemessene politische Langzeitstrategien, mit denen eine moderne Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft die Problemlagen und die so genannten Standardrisiken der Menschen einer nachliberalen, nicht allein über den Markt, sondern gerade über das kluge Zusammenspiel von Markt, Staat und 'Drittem Sektor' organisierten Gesellschaft erfolgreich und nachhaltig managen kann. Wer dagegen – wie heute leider fast alle politischen Kräfte – einseitig auf die liberalen Reformprojekte 'weniger Staat', 'den Leuten mehr Geld zur Eigenverantwortung in der Tasche lassen' und 'nur den wirklich Bedürftigen helfen' setzt, unterschreitet tendenziell das Problem- und Komplexitätsniveau moderner Gesellschaften.

Er gerät dagegen in die Gefahr, ungewollt den Weg zurück in die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts zu ebnen und sich mit dem gefährlichen Faktum zunehmender sozialer Ungleichheit achselzuckend abzufinden. Zugleich würde damit der Weg frei, die in der Bevölkerung – zumindest der Bundesrepublik – nach wie vor sehr hohen Sympathiewerte für den Sozialstaat auf mittlere Frist entscheidend zu schwächen. Denn wer unter der Parole

'*Weniger Staat*' staatliche Leistungen in bildungs-, gesundheits- und sozialpolitischen Bereich zurückführen will und möglichst weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens allein dem Markt und den privaten Präferenzen der Individuen überlassen möchte, der reduziert damit gewollt oder ungewollt nicht nur die Handlungsfelder einer demokratisch-öffentlichen 'Selbstregierungspraxis', mit der sich die Bürger 'in ihre eigenen gesellschaftlichen Angelegenheiten' einmischen können. Er könnte auch sehenden Auges dazu beitragen, das sich in den steuerzahlenden Mittelschichten, die sich dann nicht mehr als Mitprofiteure staatlicher Umverteilungspolitik, sondern nur noch als 'Nettozahler' und 'Steuerverlierer' verstehen könnten, ein zunehmender Unwille gegenüber steuerstaatlicher Sozialpolitik breit macht. Der bisherige sozialpolitische Steuerstaat der Bundesrepublik war deshalb ja nie nur 'für die Armen' da. Er bot vielmehr auch den Mittelschichten erhebliche monetäre Vergünstigungen, etwa bei der freien Einschreibung an Schulen und Hochschulen oder beim kostenlosen Frequentieren von Ärzten und Krankenhäusern. Ein Sozialstaat dagegen, der seine mittelschichtsintegrative Grundstruktur abbaut, befindet sich auf einem abschüssigen Weg, auf dem ein von breiter gesellschaftlicher Unterstützung getragenes Sozialstaatsarrangement, das historisch zu den wertvollsten Hervorbringungen der politischen Institutionengeschichte des 20. Jahrhunderts gehört, früher oder später verloren gehen wird. Am Ende könnte dann vielleicht nicht nur für die USA, sondern auch für die Bundesrepublik zu konstatieren sein, dass es nicht mehr gelingen wird, eine positive Vision der Demokratie und ihrer politischen und sozialen Aufgaben zu entwerfen.

III. 'In Zukunft nachdrücklich von 'Solidarität' reden' Könnte dies zum 'Kerngeschäft' der Kirchen gehören?

Was könnte dies alles nun für das Selbstverständnis und das politisch-diakonale Handeln der Kirche bedeuten? Wir sind ja davon überzeugt, dass nicht nur *liturgia* und *martyria*, sondern auch *diakonia* zum elementaren Selbstverständnis und zum Grundauftrag der Kirche, zu einem ihrer unverzichtbaren 'Kerngeschäfte' gehört; und gerade die neue Enzyklika *Deus caritas est* von Papst Benedikt XVI. hat dies noch einmal nachdrücklich in Erinnerung gerufen.

In Zeiten knapper Kassen und einer erheblichen internen Verunsicherung bei vielen Kirchenoffiziellen – denn wie es mit der Kirche weitergehen soll, weiß im Augenblick ja niemand so genau – ist es dringend notwendig, sich einer offenen kirchlich-theologischen

Selbstvergewisserung zu stellen. Wo soll der Weg in den nächsten Jahren hingehen? Wie will sich 'Kirche vor Ort' in der heutigen Zeit für sich selbst – nach innen – verstehen und begreifen; und – nicht weniger wichtig – wie will sie sich – nach außen – präsentieren und darstellen, welches Bild von ihr selbst will sie in die Öffentlichkeit kommunizieren, wie will sie 'gegenüber der Welt da draußen' auftreten, welche Leitbilder, Wertmuster und Orientierungen will sie – wie und in welcher Form, mit welchen Mitteln – vertreten; und – nicht zuletzt – hat sie überhaupt noch überzeugende Vorstellungen von ihrer spezifischen 'gesellschaftlichen Verantwortung', von ihrem ureigenen 'Dienst' gegenüber Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit, von dem, was man im Lichte des Evangeliums und im Hinblick auf eine 'Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit' (so bekanntlich der Titel des gemeinsamen 'Sozialwortes' der Kirchen von 1997) heute sinnvoller Weise unter 'politischer und sozialer Diakonie' verstehen könnte und müsste.

Mein Eindruck ist, dass wir innerhalb der Kirche von einer mitreißenden Aufbruchstimmung weit entfernt sind. Stattdessen herrscht eine Mischung aus mittelschwerer Resignation und kühler Abgeklärtheit in der Mangelverwaltung vor, gepaart mit einer erheblichen Verunsicherung darüber, dass man sich selbst offensichtlich mit einem kontinuierlich fortschreitenden, unaufhaltsamen Rückgang in den Kirchenbesucherzahlen, mit beträchtlichen Einbrüchen im Kirchensteueraufkommen und mit – mutmaßlichen oder auch tatsächlichen – Ansehens- und Relevanzverlusten der Kirche und des Kirchenpersonals abfinden muss – und dass, während man doch zugleich das überraschende Phänomen der 'Rückkehr der Religionen' bewundern kann – und sich überall eine ungeheuer wohlwollende, noch vor wenigen Jahrzehnten für unmöglich gehaltene gesellschaftliche Grundstimmung gegenüber der Religion, eine breite Religionssehnsucht und eine große 'Religionsfreundlichkeit' breit macht – nur die gute alte katholische Kirche kann davon, wie es scheint, irgendwie nicht so recht profitieren

Dabei gibt es gegenwärtig eine ganze Reihe verlockender Angebote für eine neue Positionsbestimmung der Kirche gegenüber Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit – und an wohlmeinenden Beratern aus Wirtschaft und Wissenschaft ist kein Mangel.

Die einen meinen, die Kirchen müssten sich in Zeiten knapper Kassen und hoher gesellschaftlicher Sehnsucht nach religiöser Sinnstiftung vor allem auf ihre 'rein religiösen' Inhalte beschränken, die spezifischen Stärken ihrer Glaubenslehre, ihr unverwechselbares und

ureigenes Profil in Liturgie und Verkündigung in den Mittelpunkt rücken – und sich von den randständigen Aufgaben in den Bereichen Diakonie, Caritas und sozialen Dienstleistungen trennen, denn diese Aufgaben könnten schließlich andere, säkulare Anbieter mindestens ebenso gut erfüllen. Und in der Tat spricht einiges dafür, dass wir heute – mehr als vor 10 oder 20 Jahren – eine echte 'religiöse Marktlücke' für den Religionsanbieter 'Katholische Kirche' haben; und eine solche Vermarktungsstrategie könnte aus kirchenbetriebswirtschaftlicher Sicht durchaus aufgehen. Die ersten Zahlen über steigende Wiedereintritte und zunehmende Priesterberufungen nach den religiösen Großereignissen des letzten Jahres liefern hier schon deutliche Indizien.

Andere wollen dagegen – was mir als Sozialethiker natürlich wesentlich sympathischer ist – die diakonale Dimension durchaus stärken. Sie setzen auf bürgerschaftliches Engagement in Pfarreien und Initiativen, wollen vor den sozialen Problemen die Augen nicht verschließen, spüren wohl auch die tiefe spirituelle Wahrheit der biblischen Option Gottes für die Armen, – und sie können auch marketingstrategisch darauf verweisen, dass die Kirche gerade aufgrund ihres sozialen Profils erhebliche gesellschaftliche Sympathien genießt – wenn auch nur nach dem Motto: 'Ich halte zwar selbst nichts von der Kirche, aber ihr soziales und politisches Engagement– von der Bioethik bis zum Kirchenasyl – ist unverzichtbar'.

Neue Kirchensteuerzahler gewinnt man dadurch freilich nicht; und die Entfaltungs- und Verwirklichungschancen politischer und sozialer Diakonie werden zusehends prekär, wenn sich Refinanzierungen über die öffentlichen Kassen nicht mehr realisieren lassen. Und wenn man sich andererseits offensiv und nachdrücklich in die politischen Grundsatzdebatten der Bundesrepublik einmischen will, wenn man glaubwürdig als Anwalt der Armen und Schwachen auftreten will, wenn man die z.Zt. massiv bedrohten Standards von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich, von gesellschaftlicher Solidarität und politischer Gemeinwohlorientierung mit guten Gründen verteidigen will, dann braucht man auch entsprechende eigene sozialetische und sozialwissenschaftliche Fachkompetenz. Aber sich gegebenenfalls auch mit den Mächtigen in Staat und Gesellschaft anzulegen, gehörte noch nie zu den besonderen Stärken der katholischen Kirche der Bundesrepublik. Und auch wenn es um die sozialetische und sozialwissenschaftliche Fachkompetenz geht, stellt man eher liberale Ökonomen als katholische Theologen ein – und wundert sich dann, warum sich manches offizielle Papier der Bischofskonferenz wie ein Leitartikel der *Financial Times* liest, nur weniger elegant formuliert.

Wenn sich das Bistum Osnabrück im Rahmen seines Zukunftsgesprächs für die Maxime 'In Zukunft solidarisch handeln....' stark macht, dann könnte man vielleicht darüber nachdenken, ob dieses Prinzip nicht ergänzt werden sollte durch die Maxime 'In Zukunft nachdrücklich von Solidarität reden...'. Denn 'soziales Handeln' allein kann wahrscheinlich nicht genügen. Notwendig ist vielmehr eine nachhaltige öffentliche Einmischung in die Grundsatzdebatten um die 'Gesellschaft der Zukunft', um die Leitbilder von Freiheit und Gerechtigkeit, von 'Erst- und Zweitverantwortung in der Solidarität', von Gemeinwohl und legitimem Eigeninteresse – und auf dieser Ebene ist von der katholischen Kirche, die hier doch über einen wertvollen Fundus an grundlegenden politisch-moralischen Überzeugungen verfügt, gegenwärtig öffentlich kaum etwas wahrzunehmen. Dass die meisten Zeitgenossen beim Stichwort 'Solidarität' eher als 'freiwillig etwas für die Armen spenden' als an 'wir sitzen alle in einem Boot' denken, und dass das Stichwort 'christliches Menschenbild' auch ganz selbstverständlich als Aufforderung zu 'mehr individueller Freiheit und weniger Staat' herhalten kann, zeigt, wie groß hier die 'Marktlücke' in Sachen politischer Ethik und sozialer Solidarität gegenwärtig ist. In der Tat sind auch viele Zeitdiagnostiker und Philosophen, die mit der katholischen Kirche überhaupt nichts anfangen können, immer wieder erstaunt, dass die katholische Kirche diese 'Marktlücke' überhaupt nicht als Chance zu erkennen scheint – und dass von der katholischen Soziallehre, die einst das deutsche Sozialmodell wesentlich geprägt hatte, gegenwärtig so überhaupt gar nichts Bedeutsames zu hören ist...

Ich denke, hier besteht in der Tat auch eine Chance und Aufgabe für die Pfarrgemeinden; – etwa – über soziale Seminare o.ä. – sich in den sozialpolitischen Grundsatzfragen theologisch und sozialetisch 'sprach- und diskursfähig' zu machen, die eigenen Traditionen der katholischen Soziallehre neu zu entdecken und sich offensiv und selbstbewusst in die Diskussionen um die Frage einzumischen, in welcher Gesellschaft wir in Zukunft eigentlich leben wollen.

'In Zukunft solidarisch handeln....' und 'öffentlich mit Nachdruck von 'Solidarität' reden...', – diese beiden Maximen müssten sich natürlich realisieren und konkretisieren in einem entsprechenden 'Sozialen Engagement vor Ort', in den Pfarreien, Gemeinden und Initiativen. Und zwar als 'soziales Engagement mit Herz und Hand, aber auch mit dem *kritischen Kopf*.' Denn das soziale Engagement der Kirchen, so unverzichtbar und notwendig es ist – nicht nur um der Notleidenden, sondern auch um der theologischen Identität der Kirche Jesu Christi

willen – darf nicht in die Falle tappen, damit einen Anlass für den Rückbau der sozialpolitischen, sozialpflegerischen und sozialarbeiterischen Verantwortung des Staates zu liefern. Kirchliches Sozialengagement muss nämlich aufpassen, nicht als Alternative, sondern nur als Ergänzung zur zentralen sozialpolitischen Erstverantwortung der Demokratie zu fungieren. In Zeiten knapper Kassen kann man es der Politik kaum übel nehmen, wenn sie gespannt auf jede sich bietende Gelegenheit lauert, sich selbst aus der Verantwortung zurückzunehmen und das schwierige Feld des Sozialen auf andere Akteure abzuwälzen; etwa auf den Markt, oder auf das freiwillige bürgerschaftliche Engagement oder eben auf die zahlreichen Aktivitäten der Kirchen. Damit wäre dann freilich der Weg vom staatlichen Sozialamt zu den kirchlichen Suppenküchen geöffnet. Die in den letzten 100 Jahren mühsam erkämpften sozialen und demokratischen Rechtsansprüche eines jeden Staatsbürgers auf Lebensunterhalt, auf Wohnung, Bildung und Gesundheitsversorgung und auf einen fairen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand gerieten dann unter die Räder. Am Ende bliebe nur reine Barmherzigkeit und großzügige Charity der Reichen gegenüber den Armen – die dafür dann aber auch entsprechend dankbar und unterwürfig zu sein haben.....

Die Aufgabe, das 'soziale Handeln' der Kirche so zu organisieren, dass es gegen die – gewissermaßen 'natürliche' – Neigung des Staates zum Sozialabbau wirksam geschützt ist, ist nicht einfach zu lösen. Deswegen wird es mit sozialen Handeln allein nicht getan sein. Solidarisches Handeln vor Ort braucht insofern nicht nur Herz und Hand, sondern eben auch den kritischen Verstand und die politische Reflexion – vor Ort in den Gemeinden des Bistums ebenso wie in der 'großen Politik' der Kirchenleitungen und der deutschen Bischöfe.

"Mehr als in der Vergangenheit werden sich die Menschen heute dessen bewusst, durch ein gemeinsames Schicksal verbunden zu sein, das man vereint gestalten muß, wenn die Katastrophe für alle vermieden werden soll. (...) Wenn die gegenseitige Abhängigkeit in diesem Sinne erkannt wird, ist die ihr entsprechende Antwort als moralische und soziale Haltung, als 'Tugend', die Solidarität. Diese ist nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah und fern. Im Gegenteil, sie ist die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das 'Gemeinwohl' einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir für alle verantwortlich sind."(Johannes Paul II. 1987)